

"Blaumützen" sind oft die letzte Hoffnung



GdP-Delegation besucht das deutsche UN-Kontingents in Bosnien-Herzegowina

Von Adalbert Halt

165 Polizeibeamtinnen und -beamte aus Deutschland verrichten in Bosnien-Herzegowina Dienst im Rahmen der UN-Mission UNMIBH. Sie sind Teil des rund 1700 Mann starken UN-Polizeikontingents und sollen die lokale Polizei und Justiz überwachen, beobachten und beraten, beim Verdacht von Menschenrechtsverletzungen durch örtliche Sicherheitsorgane ermitteln und die lokale Polizei aus- und fortbilden. Bei einem Besuch vom 30. März bis 2. April konnten sich der stellvertretende GdP-Vorsitzende Konrad Freiberg, GdP-Pressesprecher Rüdiger Holecek und der verantwortliche Redakteur Adalbert Halt ein Bild von der Arbeit der deutschen Kolleginnen und Kollegen machen.

Die UNMIBH-Polizeistation von Sarajevo betreut eine Fläche von 76 Quadratkilometern mit rund 350 bis 400.000 Einwohnern, annähernd 90 Prozent von ihnen moslemischen Glaubens. Das Stadtbild ist geprägt von Minaretten. Die Station hat 31 Polizistinnen und Polizisten aus 19 verschiedenen Nationen, darunter Indonesien, Pakistan, Jordanien, Bangladesch, Indien, Deutschland, Frankreich, England. Die Ausbildungsstände sind ebenso unterschiedlich wie die Positionen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem Heimatland innehaben - "eben das Interessante, aber gleichzeitig eine wahnsinnige Schwierigkeit", wie ein deutscher Kollege sagt. Angleichungsprozesse hängen vom Engagement der Beteiligten ab und nehmen viel Zeit in Anspruch.

Hauptaufgabe der Mission ist die Unterweisung und Begleitung der örtlichen Polizei, seit neuestem rund um die Uhr. Das bringt Akzeptanzprobleme mit der lokalen Polizei mit sich, die plötzlich das Gefühl hat, an der kurzen Leine geführt zu werden, obgleich die deutschen Kollegen hin und wieder beeindruckt sind von dem Ausbildungsstandard der örtlichen Polizei: "Da könnte sich sicher manche deutsche Dienststelle eine Scheibe abschneiden, auch von der Aufklärungsquote her."

Ein Kollege vergleicht das Akzeptanzproblem mit dem, "das damals die Kollegen im Osten hatten, die die Westbeamten vor die Nase gesetzt bekommen hatten." Mitunter nehmen die "Locals" (wie die örtlichen Polizisten genannt werden) ihre ausländischen Berater nicht so ganz ernst, wenn der unterschiedliche Ausbildungsstandard zu offensichtlich wird. Man hat Konsequenzen daraus gezogen und Trainingskurse insbesondere für die Teamleader der UN-Polizei, die für eine Station verantwortlich sind, eingerichtet.

Kriminalitätsentwicklung

Die Kriminalitätsentwicklung in Bosnien-Herzegowina ist gekennzeichnet von der Ausweitung der organisierten Kriminalität: Autodiebstähle, Frauenhandel, Drogen- und Waffenhandel. Es gibt hier Schwarzmärkte, wo man alle denkbaren Güter kaufen kann, kein Mensch fragt, wo sie herkommen. Einer dieser Schwarzmärkte, eine riesige Budenstadt, die immer weiter ausfranst, Arizona-Markt genannt, liegt an der Strecke nach Brcko. Der Begleiter der GdP-Delegation, Friedhelm Balodimos, warnt davor, sich zu weit vom Auto zu entfernen. "Hier ist man schnell mal seine Habe los - wenn es gut geht." Auch der kleine Mann auf der Straße hat oft eine Waffe. "Verbal wird hier überhaupt kein

Konflikt gelöst", berichten die Kollegen.

Friedhelm Balodimos hat sich sozusagen von Berufs wegen um das Wohlbefinden der Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland zu kümmern. Er ist Leiter des Technischen Versorgungsteams (TVT), das heißt, er war es; seine Missionszeit ging Ende Mai zu Ende. Das TVT hat seinen Namen aus seiner wichtigsten Aufgabe bei seiner Einrichtung 1996: die Zerstörungen und technischen Unzulänglichkeiten an den Unterkünften der Beamten zu beseitigen, für Strom und warmes Wasser zu sorgen. Je besser die Infrastruktur in Bosnien-Herzegowina wurde, umso mehr verlagerte sich der Aufgabenschwerpunkt in Richtung Betreuung und Fürsorge: Persönliche Verbindung unter den teilweise weit gestreuten Dienstenorten zu halten, die Post zu überbringen, kühlende Getränke und auch mal ein ordentliches Schwarzbrot.

Das TVT-Dienstgebäude in einem Vorort von Sarajevo, in dem man heute noch die Einschüsse in Zimmertüren und Kommoden zählen kann, ist auch zentrale Informationsbörse des deutschen Kontingents und Kontaktstelle zu den deutschen Behörden. Hier wird eine regelmäßig erscheinende Missions-Info produziert, in der Einsatzberichte aus den Regionen, den Einsatzgebieten der Mission, veröffentlicht werden. Hier ist Platz, Neuankömmlinge aus Deutschland vorzustellen, zum Geburtstag und zu Beförderungen zu gratulieren und auf Seminare und Kontingentstreffen hinzuweisen.

Bei der Lektüre dieser Missions-Infos wird einem schnell deutlich, dass das Missionsgebiet Bosnien-Herzegowina noch nichts von seiner Brisanz verloren hat, auch wenn das Land unter dem Eindruck der Ereignisse im Kosovo aus den Schlagzeilen geriet - sehr zum Bedauern der Kontingentsangehörigen, die sich manchmal auf vergessenem Posten fühlen.

Wie gefährlich die Lage werden kann, auch in einem anscheinend befriedeten Gebiet, zeigte sich der GdP-Delegation praktisch vor der Haustür. In der Nacht vor ihrer Ankunft in Sarajevo stürmten Maskierte ein Restaurant am Fluss, das auch bei den deutschen Kolleginnen und Kollegen sehr beliebt war, und schossen um sich. Von mindestens zwei Toten und mehreren Verletzten war die Rede, Kontingentsangehörige waren nicht betroffen.

Solche Schießereien kommen immer wieder vor. Eehändel werden schon mal mit der Handgranate ausgetragen, und nächtliche Raubüberfälle auf der Straße sind an der Tagesordnung.

Die Betreuung der deutschen Kollegen, wie sie das TVT in Bosnien-Herzegowina betreibt, soll jetzt auch im Kosovo erweitert werden. Wie Ulrich Dugas, Inspekteur der Polizei von Nordrhein-Westfalen und Leiter der AG IPTF (Arbeitsgemeinschaft International Police Task Forces), der GdP mitteilte, wird dem deutschen Kontingentsleiter im Kosovo eine Führungsgruppe von etwa fünf Personen zur Unterstützung seiner Aufgaben, insbesondere der Betreuung, zur Verfügung gestellt. Sie sind angedockt an die UNMIK (UN-Mission im Kosovo). Die erste Gruppe kommt aus Nordrhein-Westfalen. Andere Länder und der Bund werden nachziehen.

Ethnische Grenzen verlaufen auch durch die Polizei

Das Land Bosnien-Herzegowina ist immer noch geteilt. Die ethnischen Grenzen - hier serbisch, dort bosnisch-kroatisch - verlaufen auch durchs Polizeipersonal. Strenge Hierarchien hier und eher demokratische Strukturen dort bestimmen auch die Art der Zusammenarbeit mit der lokalen Polizei. Das Land ist in Kantone gegliedert. Die polizeiliche Kommunikation über die Kantongsgrenzen hinweg, beispielsweise bei Ermittlungen über gestohlene Fahrzeuge, könne durchaus langwieriger und komplizierter sein als die Erledigung eines Rechtshilfeersuchens zwischen Deutschland und Frankreich, berichten die deutschen Kollegen in Sarajewo.

Die "Blaumützen" (UNMIBH-Jargon) sind oft die letzte Hoffnung für die Bevölkerung, wenn die einheimische Verwaltung nicht mehr weiter weiß. Da wird beispielsweise von der Frau berichtet, die zu Anfang des Krieges mit ihrer Familie geflohen ist und die bei diesem halsbrecherischen Aufbruch ihren Führerschein liegen ließ und nun gehofft hatte, dass sie über die "Blaumützen" eine Kopie bekommen könnte oder irgendein Papier, das ausreichen könnte, um wieder an eine Fahrerlaubnis zu gelangen. Der Frau war leider nicht zu helfen, auch nicht mit der Notlüge des deutschen Beamten gegenüber der einheimischen Verwaltung, dass die Dokumente der Frau verbrannt seien. Die einen sprechen dann von schlichter Verwaltungsunfähigkeit, andere von Machtmissbrauch der Behörden gegenüber missliebigen Ethnien.

Gerade wenn ein solcher Verdacht besteht, werden die UNMIBH-Polizisten hellhörig. Dann sind sie gehalten, diesem Verdacht nachzugehen. Da wird in aller Regel von der nächsthöheren Führungsebene aus entschieden, dass dieser Fall z. B. als "Menschenrechtsfall" anerkannt ist und dementsprechend weiterverfolgt werden muss.

Die schwierigsten Einsätze sind die Rückübertragung von Wohnungen, die von Flüchtlingen beansprucht wurden und nun an die Alteigentümer zurückgegeben werden. Zunächst ermittelt die lokale Polizei, ob Widerstand zu erwarten ist. Sie muss auch überprüfen, ob den Bewohnern bekannt gegeben wurde, dass sie raus müssen. Oft genug kommt es dann bei der eigentlichen Wohnungsübergabe zu Schwierigkeiten, weil es an Ersatzwohnungen für die bisherigen Bewohner fehlt, ihre früheren Wohnungen zerstört oder das dortige Wohnen infolge der ethnischen Verschiebungen unmöglich geworden ist.

Geringer Verdienst provoziert Korruption

Ein Polizist in Sarajevo verdient zwischen 400 und 600 Mark. Im serbischen Teil des Landes soll es erheblich weniger sein. Eine Putzfrau bei der UN verdient ungefähr das Gleiche und ein Dolmetscher, der für die UN-Polizei arbeitet, mehr als das Doppelte. Und das wissen die lokalen Polizisten. Wirkt sich das auf die Zusammenarbeit aus? Eine Kollegin schmunzelt: "Ich habe zahlreiche Anträge auf Adoption."

Mancher lokale Polizist muss zudem monatelang auf sein Geld warten. Das verleitet zu Korruption. Die sieht dann so aus, dass man auf der Fahrt durchs Land immer wieder auf Verkehrskontrollen stößt, bei denen abkassiert wird. Bei dem Verhalten im Straßenverkehr, das die GdP-Delegation beobachten konnte, ist allemal schnell ein Grund zum Anhalten gefunden. Und dann geht's - so wird berichtet - nach dem Motto: Mit Quittung kostet es 60, ohne 40 Mark.

In der Station von Sarajevo hängt eine Karte, in der die Minenfelder rings um die Hauptstadt des Landes eingezeichnet sind. Die Karte ist übersät mit roten Punkten. Zwar sind lokale Fachkräfte mit Unterstützung verschiedener Länder mit dem Räumen beschäftigt. Bei der Masse der Minen ist ein Ende der Räumaktionen aber nicht in Sicht. Und längst sind noch nicht alle verminteten Stellen kartografiert. Fünf Jahre nach Ende des Krieges trauen sich die Beamten immer noch nicht, den Grünstreifen am Straßenrand zu betreten. Das gilt nicht nur für den Bereich der schwer umkämpften Stadt, sondern auch für andere Gegenden des Landes wie zum Beispiel um Mostar, wo sich die brutalen Wunden des Krieges an zerschossenen Häusern und verkohlten Bäumen immer noch ungeschminkt zeigen.

Da gehen Einheimische eher ein Risiko ein. Sie nutzen Trampelpfade. Immer wieder kommt es vor, dass einer daneben tritt. Oder es ist ein Gebiet fälschlicherweise als geräumt ausgewiesen worden oder war auf der Karte nicht exakt genug eingezeichnet. Wenige Wochen vor dem Besuch der GdP-Delegation wollten Arbeiter außerhalb von Sarajevo Strommasten setzen und sind dabei auf die

verkehrte Seite des Baches gegangen. Zwei hat es das Leben gekostet.

Kameradschaftliche Verbundenheit

Die Ausstattung hat sich zwar insgesamt in den letzten Jahren der Bosnien-Mission verbessert. Aber es sind noch Wünsche offen. So plädieren die Kolleginnen und Kollegen für leichte Schutzwesten für den Alltagsdienst im Polizeikontingent. Und noch etwas liegt ihnen auf dem Herzen: Sie wünschen die Gründung eines Fonds, aus dem die Familien von Kollegen unterstützt werden, die bei einer Mission - egal welcher und egal, aus welchem Land der Kollege stammt - ums Leben gekommen oder schwer verunglückt sind. In diesen Fonds sollten - so artikuliert es ein Kollege gegenüber der GdP - alle Missionsteilnehmer als Ausdruck ihrer kameradschaftlichen Verbundenheit einzahlen.

Ein Beispiel von vielen, mit dem die Einrichtung des Fonds begründet wird: Zwei Wochen vor dem GdP-Besuch war ein spanischer Polizist auf dem Weg in seinen Heimaturlaub zu Frau und zwei Kindern bei Glatteis von der Straße abgekommen. Jetzt ist er vom Hals an gelähmt.

Die Wohnsituation der Kolleginnen und Kollegen in Bosnien-Herzegowina wird als "befriedigend" bezeichnet. Sie müssen sich ihre Wohnungen, wie überall in den Balkan-Missionen, selbst suchen. Im Zentrum von Sarajevo zahlt man monatlich bis zu 1000 Mark, in ländlichen Gegenden teilweise wesentlich weniger.

Beklagt wird, dass sich Auslandsaufenthalte immer noch nicht auf die Beurteilung, sprich auf die Beförderung, niederschlagen. Im Gegenteil, noch immer sehe man sich - so klagen die Kollegen - zu Hause mit Vorurteilen konfrontiert, sogar von Vorgesetzten, die den Einsatz in einer Mission eher als "Urlaub auf dem Lande" einschätzen würden.

Ferner beklagen viele Kollegen, dass sie nach drei Auslandseinsätzen "eine Pause von fünf Jahren" bis zum nächsten Missionseinsatz einlegen müssten. Sie würden gern früher wieder losfahren, allein schon der Kontakte wegen, die sie bei ihren Auslandseinsätzen mit der lokalen Polizei geknüpft haben und die unverzichtbar seien für eine effektive Zusammenarbeit.

Nach Angaben von Günter Sonnenschein, im Bundesinnenministerium zuständig für die Entsendung deutscher Polizisten in Auslandsmissionen, basiert die beklagte "Fünf-Jahres-Regelung" auf einem Erlass über den Personalpool für Auslandseinsätze im BGS, der vor etwa einem Jahr im Einvernehmen mit dem Hauptpersonalrat formuliert worden sei. Mit dieser Regelung solle eine Wiedereingliederung in den heimatischen Dienst sichergestellt werden.

Die entsprechenden - unterschiedlichen - Regelungen in den Ländern sehen eine fünfjährige Pause nach drei Missionseinsätzen nicht vor, sie sprechen von einer "angemessenen" Pause, die aber mindestens ein Jahr dauern sollte.

Die Gewerkschaft der Polizei - Bezirk BGS - bemüht sich gegenwärtig darum, die aus Fürsorgegründen eingeführte "Fünf-Jahres-Regel" beim BGS im entsprechenden Erlass alsbald so auszugestalten, dass der Erlass nicht automatisch zu einer Sperre für einsatzwillige Kolleginnen und Kollegen führt.

NRW-Inspekteur Ulrich Dugas hält eine einjährige "Cool-off-Phase", die zwischen jedem Missionseinsatz liegen müsse, "aus Fürsorgegesichtspunkten" für richtig und notwendig, wie er gegenüber der GdP erklärte. Auch für ihn ist die Wiedereingliederung in den Dienst zu Hause ein wichtiger Gesichtspunkt. Zudem solle die personelle Belastung der entsendenden Dienststellen in Grenzen gehalten werden. Jede Wiederverwendung in Auslandsmissionen werde individuell unter

diesen Aspekten geprüft.

Ethnische Probleme in der Grenzstadt

Der District Brcko hat einen Sonderstatus bei der internationalen Gemeinschaft. Dies hat mit der besonderen ethnischen Situation der Grenzstadt im Norden zu Kroatien zu tun. Vor dem Krieg war die Mehrheit der Bevölkerung moslemisch, und viele der vertriebenen Muslime drängen darauf, wieder zurückzukehren. Andererseits wollen die Serben, die jetzt dort mehrheitlich wohnen, dass Brcko serbisch bleibt - eine brenzlige Lage. Es gab in jüngster Zeit viele Zwangsräumungen, von der beide Ethnien betroffen waren. Solche ethnischen Konflikte sind im Lande immer noch weit verbreitet. Aber in Brcko zeigen sie sich besonders augenfällig.

Die Hauptaufgabe des UN-Polizeikontingents besteht, wie der GdP bei ihrem Besuch in Brcko berichtet wurde, darin, allen Dienstpflichtverletzungen der lokalen Polizei nachzugehen, die durch Anzeigen oder auf sonstige Weise zur Kenntnis gebracht wurden. Bis vor kurzem gab es viele Fälle von Körperverletzung im Amt. Diese Delikte hätten aber deutlich nachgelassen, nachdem kürzlich die Hälfte der Polizeibeamten entlassen worden waren. Man habe sie auf die Straße gesetzt, weil sie entweder in Kriegsverbrechen involviert waren, Straftaten begangen haben oder eine völlig unzureichende Ausbildung hatten. Hinzu kam, dass die UN die District Police ethnisch mischen wollte.

Alle Polizisten, die zum Zeitpunkt der Entlassungswelle noch im Dienst waren, mussten sich genauso neu bewerben wie die Zivilisten, die gern zur Polizei gehen wollten. Die Entscheidung über Wiederbeziehungsweise Neueinstellung traf dann letztendlich der District Commander. Jetzt sind sie für acht Monate Beamte auf Probe, und nach Meinung der deutschen UN-Kollegen in Brcko "geben sie sich echt Mühe, mit den Mitteln, die sie zur Verfügung haben, hier richtig gute Polizeiarbeit zu leisten."

Probleme gibt es mit den justiziellen Strukturen. Sie sind zwar prinzipiell mit den deutschen vergleichbar. Aber die Staatsanwaltschaft greift viel früher in die Ermittlungen ein. Sie und nicht der Polizeibeamte entscheidet über Durchsuchungen, Festnahmen etc., was die Ermittlungsarbeit erheblich behindern kann, weil die ethnische Herkunft sowohl der Straftäter wie die des Staatsanwalts hier durchaus eine Rolle spielen kann - zumindest so lange, bis es ein einheitliches Polizeigesetz gibt und die Zuständigkeit des Staatsanwalts geregelt ist, hoffen die Gesprächspartner der GdP.

Ein Beispiel für die gegenwärtige unbefriedigende Situation für die Polizei: Eine betrunkene Person wird angehalten. Sie hat keinerlei Ausweispapiere dabei, weder fürs Fahrzeug noch für sich. Die Person ist im Besitz einer illegalen Schusswaffe und scharfer Munition. Sie wird festgenommen. Ab jetzt hat der Staatsanwalt das Sagen: Er muss gefragt werden, was mit dem Auto und was mit der Person zu geschehen hat und ob die Polizei zu ihr in die Wohnung darf. Jedes Mal muss neu angerufen werden. Das Ende der Geschichte: Die Person, die morgens um neun festgenommen worden ist, wird nachmittags um fünf Uhr wieder freigelassen, weil dann endlich die Personalien feststehen.

Dass die Ermittlungen unparteiisch geführt werden, gehört zu den Aufgaben des UN-Polizeikontingents - offensichtlich mit Erfolg. Vor drei Jahren hatte der Rat zur Umsetzung des Friedens in Bosnien-Herzegowina anlässlich seiner Tagung in Bonn noch kritisiert, dass die Gerichtsbarkeit und auch die Arbeit der Polizei immer noch nach ethnischen Gesichtspunkten erfolgte. Das hat sich nach Angaben der Gesprächspartner der GdP sehr zum Positiven geändert. Sie verstehen sich nicht als Aufpasser. Ihre Hauptaufgabe liege im Beraten und Unterstützen. "Und so wird das von der lokalen Polizei mittlerweile auch verstanden. Wir wollen alle zusammen das bestmögliche Ergebnis erreichen."

Mindestens noch eine Generation

Mit einigem Unbehagen sehen einige Kollegen dem Zeitpunkt entgegen, wenn sie in sechs oder sieben Monaten wieder zu Hause Dienst machen müssen. Nicht weil sie sich in der Heimatdienststelle nicht zurechtfinden würden, sondern weil sie nicht wissen, wo sie nach ihrem Auslandseinsatz Verwendung finden werden. Mancher Kollege hört und sieht nichts von seiner Heimatbehörde und fühlt sich von ihr ziemlich im Stich gelassen.

Wenn es nach Einschätzung der Gesprächspartner der GdP in Bosnien-Herzegowina geht, muss das UN-Engagement noch mindestens eine Generation weitergeführt werden. Die Kolleginnen und Kollegen sehen, dass man "auf dem richtigen Weg ist, dass das Konzept richtig ist. Aber bis rechtsstaatliches Denken wirklich in den Köpfen der Menschen manifestiert ist, wird es noch lange dauern."

Wenn man die lokale Bevölkerung oder auch einheimische Polizisten befrage, wie die das sehen, dann bekomme man häufig die Antwort hören: "Da hat noch nicht der Letzte (UN-Polizist) den Ort verlassen, dann geht das hier wieder los." Die Leute könnten einfach nicht so schnell vergessen, was während des Bürgerkrieges passiert ist.

Genau aus diesem Grund steht man auch einer Reduzierung des Polizeikontingents, von der zum Zeitpunkt des GdP-Besuchs in Brcko die Rede war, sehr kritisch gegenüber. Man möchte, wenn die eigene Missionszeit zu Ende ist, wenigstens mit einem ruhigen Gewissen wegfahren, dass die Arbeit im Sinne der UN auch zu Ende gebracht wird. "Was wir hier vor der Haustür von Westeuropa nicht erledigen, müssen wir mit wesentlich mehr Aufwand ohnehin dann zu Hause erledigen", sagt ein Kollege und verweist auf die Risiken illegaler Grenzübertritte im bosnisch-kroatischen Grenzgebiet.

Im Distrikt Brcko geht es der UN-Polizei noch um etwas anderes. Hier ist man sorgsam bestrebt, dass die lokalen Polizisten der verschiedenen Ethnien gut zusammenarbeiten: "Wir wollen, dass sie sich zumindest im Dienst vertragen. Und da sind wir mittlerweile schon sehr weit, was in anderen Bereichen noch gar nicht der Fall ist."

Manche würden gern verlängern

Hoch motiviert sind die Kolleginnen und Kollegen, mit denen die GdP-Delegation in Bosnien-Herzegowina gesprochen hat. Die Verlängerung des Auslandseinsatzes der deutschen Kolleginnen und Kollegen von sechs auf neun Monate würden manche gern noch weiter verlängern: "Die Arbeit hier macht neben allen Schwierigkeiten auch Spaß. Man hat keinen Kampf innerhalb der Dienstgruppe, es gibt keine Grabenkämpfe, wie man sie zu Hause zuweilen erfährt, es ist einfach nur ein schönes Miteinander. Und man lernt immer wieder Neues kennen."

Viele wollen wiederkommen. Sie halten die Erfahrungen mit den Lebensumständen, mit der polizeilichen Arbeit, mit den ethnischen Problemen und nicht zuletzt die Begegnungen mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Nationen für außerordentlich wertvoll: "Sie kommen der Arbeit zu Hause mit Sicherheit zugute."

Wer nur des Geldes willen in eine Mission möchte, "wird sehr schnell sehen, wenn er erstmal von zu Hause weg ist und die Alltagsprobleme auf ihn zukommen, dass ihn dann der Blick auf den Scheck auch nicht glücklich macht", sagt ein Kollege und ein anderer ergänzt: "Ich werde hier nicht die Welt ändern. Aber wenn man sich müht und alle Energie hier reinsteckt, um den Leuten zu helfen, und man sieht dann auch teilweise Erfolge, dass es was bringt. Das macht einen dann schon zufrieden."

(aus DEUTSCHE POLIZEI 6/2000)